

Verfahrensinformation VgV: Entsorgung von gemischten Siedlungsabfällen der Stadt Salzgitter ab 01.01.2026

Vergabenummer	2025-0007-(DL)
Bezeichnung	Entsorgung von gemischten Siedlungsabfällen der Stadt Salzgitter ab 01.01.2026
Art der Vergabe	Offenes Verfahren
Vergabe- und Vertragsordnung	VgV
Art des Auftrags	Dienstleistung

Auftraggeber

Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle

Bezeichnung	Stadt Salzgitter
Postanschrift	Joachim-Campe-Straße 6-8
Ort	38226 Salzgitter
Telefon	+49 5341839-3542
Fax	+49 5341839-4960
E-Mail	submission@stadt.salzgitter.de
URL	https://www.salzgitter.de/
Bei Vergabe im Namen und für Rechnung	Beabsichtigte Leistungen im Namen und für Rechnung: Stadt Salzgitter, Städtischer Regiebetrieb
Haupttätigkeit	Allgemeine öffentliche Verwaltung

Beschaffung im Auftrag

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber	Nein
---	------

Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

[Siehe "zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle"](#)

Weitere Auskünfte erteilt

[Siehe "zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle"](#)

Stelle für Nachprüfungsverfahren / Vergabekammer (§ 156 GWB)

Bezeichnung	Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung
Postanschrift	Auf der Hude 2
Ort	21339 Lüneburg
Telefon	+49 413115-2943
E-Mail	vergabekammer@mw.niedersachsen.de
URL	https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/aufsicht_und_recht/ vergabekammer_rechtslage_ab_18_04_2016/vergabekammer- niedersachsen-144803.html

Stelle für Schlichtungsverfahren / Vergabepflichtstelle

[Keine Adressinformation vorhanden.](#)

Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind

[Keine Adressinformation vorhanden.](#)

Allgemeine Fach- und Rechtsaufsicht

Keine Adressinformation vorhanden.

Auftragsgegenstand

Beschaffungsübereinkommen Ja
(GPA)

Leistungsbeschreibung

Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens **Transport und Entsorgung von gemischten Siedlungsabfällen der Stadt Salzgitter, ab 01.01.2026**

Gesamtmenge bzw. Umfang (inkl. Lose und Optionen) **Gegenstand der Ausschreibung ist der Transport und die Entsorgung von ca. 25.000t/a gemischten Siedlungsabfällen aus der Stadt Salzgitter**

Dienstleistungskategorie

	CPV-Code	Bezeichnung	Zusatzteil
Haupt-gegenstand	90500000-2		
Ergänzende Gegenstände	90513200-8		
	90513300-9		
	90510000-5		
	90513000-6		

Leistungsorte

NUTS-Code **DE912**

Hauptleistungsort

Bezeichnung **Stadt Salzgitter - Eigenbetrieb Städtischer Regiebetrieb (SRB)**

Postanschrift **Korbmacherweg 5**

Ort **38226 Salzgitter**

Ausführungsfristen

Dauer (ab Auftragsvergabe) **Beginn 01.01.2026, Ende 31.12.2031**

Fristen

Bezeichnung	Datum, ggf. Uhrzeit
Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen (u.a.)	06.03.2025
Angebotsfrist	14.03.2025 09:30 Uhr
Zuschlags-/Bindefrist	21.05.2025

Wertung

Wertungsmethode der Vergabe

Wertungsmethode **Niedrigster Preis**

Lose

Etwaige Vorbehalte wegen Teilung in Lose, Umfang der Lose und mögliche Vergabe der Lose an verschiedene Bieter

Die Vergabe ist nicht in Lose aufgeteilt.

Nachweise / Bedingungen

Vom Unternehmen einzureichende Unterlagen

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Angaben zu Verbotstatbeständen nach Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung zu den Verbotstatbeständen nach Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 (Formular F12 zum Angebotsschreiben).
- Angaben zur Eignungsleihe (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Ggf. Verpflichtungserklärung verbundener Unternehmer/Unterauftragnehmer im Hinblick auf eine Eignungsleihe (Formular F11).
- Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Ggf. Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV.

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- Angaben zu MiLoG, SchwarzArbG, AEntG, GWB (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB, § 21 AEntG, § 21 SchwarzArbG, § 19 MiLoG (Formular F9 zum Angebots-schreiben).
- Angaben zu NTVergG (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG (Formular F10 zum Angebotsschreiben).
- gewerberechtlichen Voraussetzungen (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung des Bieters, dass er die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllt (im Angebotsschreiben enthalten)
- Nachweis Zertifizierung Entsorgungsfachbetrieb (mittels Dritterklärung vorzulegen): Nachweis über die Zertifizierung gem. § 56 KrWG (Entsorgungsfachbetrieb) oder Einzelnachweis der Zertifizierungsvoraussetzung/Fachkunde jeweils für die einzelnen zu erbringenden Leistungen (Formular F6 zum Angebotsschreiben).

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Betriebshaftpflichtversicherung (mittels Dritterklärung vorzulegen): Bereitschaftserklärung eines Versicherers, zum Leistungsbeginn eine Betriebshaftpflichtversicherung nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen vorzuhalten (Formular F7 zum Angebotsschreiben).
- Erklärung Gesamtumsatz vergleichbarer Leistungen (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung über den Gesamtumsatz sowie die Umsätze betreffend die Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (Formular F4 zum Angebotsschreiben).
- Referenznachweis (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Darstellung von Referenzen nach Maßgabe von Ziffer I.7.10.5 (Formular F5 zum Angebotsschreiben).

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Eigenerklärung über ausreichende Kapazitäten (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung über ausreichende Kapazitäten zur Leistungserbringung während der gesamten Vertragslaufzeit (im Angebotsschreiben enthalten).

Sonstige Unterlagen

- Beschreibung der angebotenen Leistung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Verbindliche Beschreibung des Gesamtkonzepts der Leistungserbringung (Formulare F8a-c zum Angebotsschreiben)
- Einsatz von Unterauftragnehmern (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Ggf. Angaben zum Einsatz von Unterauftragnehmern mit Angabe der Leistungsbereiche; (freiwillige) Angabe, wer für bestimmte Leistungen als Unterauftragnehmer vorgesehen ist (Formulare F2 und F3 zum Angebotsschreiben), sofern Unterauftragnehmer eingesetzt werden sollen.
- Erklärung Bietergemeinschaft (mittels Eigenerklärung vorzulegen): 1. Ggf. Abgabe einer Erklärung der Bietergemeinschaft nach Vorgabe von Kapitel I, Ziffer 7.8 sowie I.7.10.1. in Formular F1 zum Angebotsschreiben, sofern eine Bietergemeinschaft gebildet wird.
- Unternehmensstruktur (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Übersicht und Angaben zum Bieter, Angaben zur Unternehmensstruktur einschließlich Darstellung bestehender gesellschaftsrechtlicher Verbindungen und Beteiligungsverhältnisse mit Angabe des Anteilsverhältnisses.
- Urkalkulation: Vorlage der Urkalkulation nach Maßgabe von Ziffer I.8.
- Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen: Ggf. Angabe der Zertifikatsnummer inkl. Zugangscode des Bieters beim Amtlichen Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (AVPQ) oder einer vergleichbaren Stelle (im Angebotsschreiben einzutragen).

Auf Anforderung der Vergabestelle vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Vertretungsbefugnis (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Nachweis der Vertretungsbefugnis der Person, die das Angebot abgegeben hat.

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- Aktueller Auszug aus dem Handelsregister (mittels Dritterklärung vorzulegen): Aktueller Handelsregisterauszug oder entsprechender Firmenregisterauszug, jeweils nicht älter als 6 Monate.

VgV Offenes Verfahren

- Ausschlussgründe nach § 123 GWB Abs. 1-3 (mittels Dritterklärung vorzulegen): Auszug aus einem einschlägigen Register als Beleg für das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe in § 123 Abs. 1 bis 3 GWB.
- Ausschlussgründe nach § 123 GWB Abs. 4 und § 124 Abs. 1 Nr. 2 (mittels Dritterklärung vorzulegen): Bescheinigung der zuständigen Behörde als Nachweis dafür, dass die Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 4 und § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB nicht vorliegen.
- Nachweis der Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Aktueller (d. h. bei Vorlage noch gültiger) Nachweis der Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft.
- Nachweis zur gesetzlichen Sozialversicherung (mittels Dritterklärung vorzulegen): Nachweis (nicht älter als sechs Monate) über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Bilanzen / Bilanzauszüge: Bilanzen oder Bilanzauszüge.
- Jahresabschlüsse: Jahresabschlüsse oder Auszüge von Jahresabschlüssen.
- Nachweis Finanzamt (mittels Dritterklärung vorzulegen): Nachweis (nicht älter als sechs Monate) über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben.
- Umwelthaftpflichtversicherung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Nachweis einer den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Umwelthaftpflichtversicherung. Statt einer Umwelthaftpflichtversicherung kann auch eine nach § 19 Abs. 2 UmweltHG zulässige Deckungsvorsorge nachgewiesen werden

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Angabe der zur Entsorgung (Verwertung/Beseitigung) angenommenen Abfälle der letzten drei Jahre. (mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Sonstige Unterlagen

- Benennung von Unterauftragnehmern (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Benennung von Unterauftragnehmern, sofern zwar im Angebot angegeben wurde, dass Leistungen an Unterauftragnehmer vergeben werden sollen, diese aber nicht konkret benannt wurden.
- Ggf. Beibringung der jeweiligen Unterlagen und Angaben der Präqualifizierung (mittels Dritterklärung vorzulegen): Ggf. Beibringung der jeweiligen Unterlagen und Angaben der Präqualifizierung.
- Ggf. Beibringung der jeweiligen Unterlagen und Angaben, die vorläufig über die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) nachgewiesen wurden. (mittels Dritterklärung vorzulegen): Ggf. Beibringung der jeweiligen Unterlagen und Angaben, die vorläufig über die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) nachgewiesen wurden.
- Vorlage der vom Bieter geforderten Nachweise, Angaben und Erklärungen nach Ziff. I.7.10 und Ziff. I.7.11 lit. a) bis i) auch vom Unterauftragnehmer.: Vorlage der vom Bieter geforderten Nachweise, Angaben und Erklärungen nach Ziff. I.7.10 und Ziff. I.7.11 lit. a) bis i) auch vom Unterauftragnehmer.
- Vorlage von Auftraggeberbestätigungen zu allen angegebenen Referenzen. (mittels Dritterklärung vorzulegen): Vorlage von Auftraggeberbestätigungen zu allen angegebenen Referenzen.

Auflagen zur persönlichen Lage

Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Eignungskriterien gemäß
Auftragsunterlagen

Nein

Auflistung und kurze
Beschreibung der
Bedingungen

Der Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit erfolgt durch eine Erklärung des Bieters, dass zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe

- über das Vermögen weder ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches geregelter Verfahren eröffnet wurde oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens durch den Bieter gestellt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt wurde,
- der Bieter sich nicht in Liquidation befindet,
- der Bieter keine schweren Vergehen begangen hat,
- der Bieter seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beträge zur Zahlung gesetzlicher Sozialversicherung nachgekommen ist und
- durch Angabe des Umsatzes für nach Art und Umfang ausgeschrieben Leistungen der letzten drei Geschäftsjahre.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

VgV Offenes Verfahren

Eignungskriterien gemäß
Auftragsunterlagen **Nein**

Besondere Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Vorzulegende Nachweise
als Bedingung an die
Auftragsvergabe **Ja, siehe Nachweise des Bereichs "Bedingung an die Auftragsausführung" im
Abschnitt "Vom Unternehmen einzureichende Nachweise".**

Weitere Bedingungen **Ja**

Darlegung der besonderen
Bedingungen **keine**

Vorbehaltene Aufträge

Sind die Aufträge
vorbehalten? **Nein**

Vergabeunterlagen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Postalischer Versand **Nein**

Elektronisch **Ja, mittels Vergabemarktplatz "Vergabemarktplatz Niedersachsen"**

URL zu den
Auftragsunterlagen **[https://vergabe.niedersachsen.de/Satellite/notice/CXUAYDYTRB21RJC/
documents](https://vergabe.niedersachsen.de/Satellite/notice/CXUAYDYTRB21RJC/documents)**

Zugriff auf
Auftragsunterlagen **Uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugriff, gebührenfrei, unter der oben
genannten URL**

Im Rahmen der
elektronischen **Nein**

Kommunikation ist
die Verwendung von
Instrumenten und
Vorrichtungen erforderlich,
die nicht allgemein verfügbar
sind.

Angebote

Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Angaben zu befugten
Personen und das
Öffnungsverfahren **Gemäß § 55 Abs. 2 VgV wird die Öffnung der Angebote von mindestens
zwei Vertretern des Auftraggebers gemeinsam unverzüglich nach Ablauf der
Angebotsfrist durchgeführt. Bieter sind nicht zugelassen.**

Angebotsabgabe

Art der akzeptierten
Angebote **Elektronisch in Textform**

Zugriff auf Preisdokumente
bis zur manuellen
Freigabe während der
Angebotsprüfung/-wertung
sperrern (Zwei-Umschlags-
Verfahren) **Nein**

Eingabemöglichkeiten
zu Angebotspreisen für
Unternehmen innerhalb des
Bietertools sperren **Nein**

Weitere Anforderungen an Angebote

Elektronische Kataloge **Nicht zulässig**

Forderung von Proben und
Mustern **Nein**

Nebenangebote

Nebenangebote werden nicht zugelassen.

Sprache(n)

Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können Deutsch;

Verfahren/Sonstiges

Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags

UUID oder TED-
Veröffentlichungsnummer(n)

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber Abweichende Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Bieters sowohl als Allgemeine Geschäftsbedingungen als auch in Form einzelfallbezogener Klauseln werden nicht Vertragsbestandteil. Ein verfristetes Angebot wird ausgeschlossen. Ein Angebot gilt als verfristet, wenn der Bindefristverlängerung in der vorgegebenen Frist nicht aktiv zugestimmt wird.

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen

Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein (§160 Abs. 1 GWB).

Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht (§160 Abs. 2 GWB).

Der Antrag ist gem. § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Bekanntmachungs-ID

CXUAYDYTRB21RJC